

Juni 2010

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Stefan Kiefer
Rathaus 4. Stock (Lift)
86150 Augsburg
Telefon (0821) 324-2150
Telefax (0821) 39444
info@spd-fraktion-augsburg.de
www.spd-fraktion-augsburg.de

Nein zum „autofreien KÖ“ – Ja zum Eigenbetrieb Altenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

am 10.06. stimmte meine Fraktion gegen die derzeitigen Umbaupläne für den Königsplatz. Nicht etwa, weil sie von einer vorwiegend schwarzen Stadtregierung umgesetzt werden sollen – nein, so populistisch verhält sich nur die CSU – sondern, weil wir feststellen, dass die aktuelle Planung mehr Probleme schafft, als das sie lösen würde.

1. Problem: Kaiserhofkreuzung – beim derzeitigen Verkehrsaufkommen ist die Leistungsfähigkeit dieses Knotenpunktes, über den dann drei Tramlinien und etliche Buslinien müssen, nicht vorstellbar. Stau ist vorprogrammiert!

2. Problem: Verkehrsverlagerung in die Wohnviertel – in der Innenstadt, vor allem am Graben und im Textilviertel wird es zu einer spürbaren Zunahme des Autoverkehrs kommen, womöglich auch im Bismarck- und Beethovenviertel. Von Entlastung kann keine Rede sein!

3. Problem: Erreichbarkeit der Innenstadt – man muss kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, dass durch die neue komplizierte Verkehrsführung der Einzelhandel in der Innenstadt leiden wird. Leerstände in der Fußgängerzone gibt es aber genug! Dazu kommen die extrem langen Umbauzeiten von 2 Jahren an vielen Stellen der Stadt!

4. Problem: Kein Grün mehr in der Stadt – für den „autofreien KÖ“ und den „Augsburg-Boulevard“ müssen über 150 Bäume gefällt werden, die in der Innenstadt so auch nicht mehr nachgepflanzt werden können. Das Dreifache im Vergleich zur SPD-Planung von 2007!

5. Problem: zu teuer für Augsburg – auf über 20 Mio. € summieren sich die Mehrkosten für die Stadt (und 10 Millionen für die Stadtwerke), dank Verlegung von bestehenden Gleisen und neuer Verkehrsführung. Geld, das wir gar nicht haben, aber an anderer Stelle viel besser verwendet werden könnte! Geld für Lösungen, die wir uns nie gewünscht haben (z.B. Verlegung der Tram am Eserwall auf die andere Straßenseite), statt für Nöte, die wir längst abstellen müssten (z.B. endlich Umgestaltung der Maximilianstraße, Naturwissenschaftliche Räume am Maria-Theresia-Gymnasium, Sanierung der Sauna am alten Stadtbad, eine Ersatzspielstätte für das Theater).

Wie geht's jetzt weiter?

Momentan läuft die Bürgerbeteiligung der Bauverwaltung sowie die Prüfung anderer Umbauvarianten. **Der Vorschlag der SPD-Fraktion**, ein bis zwei Fahrspuren in der Konrad-Adenauer-Allee/ Fuggerstraße für den Autoverkehr offen zu lassen, so dass es nicht zum Chaos kommt, **wurde von CSU und Pro Augsburg jedoch von vornherein abgelehnt.**

Der anstehende **Bürgerentscheid zur Maximilianstraße** wird sich auf die jetzigen Planungen auswirken (Stichwort Hallstraße, die wir verkehrsfrei schaffen wollten wegen der dortigen Schulen, die CSU aber nur verkehrsberuhigt). Zusätzlich läuft auch noch ein **Bürgerbegehren für einen Tunnel am KÖ**. Sollten die Initiatoren die notwendigen Unterschriften zu-

sammenbekommen, gibt es einen Bürgerentscheid und ggf. ein Ratsbegehren seitens des OB zur Realisierung seiner Pläne. **In jedem Fall ist ein Zeitverlust vorprogrammiert.** Das selbe gilt für den Fall möglicher Anwohnerklagen, mit der Konsequenz, dass der behindertengerechte und zeitgemäße **Umbau des Hauptbahnhofs, wie von der SPD immer gewollt, wieder in weitere Ferne rückt!**

Ich mache aber noch auf ein weiteres wichtiges Thema diesen Monats aufmerksam: die **Zukunft des Eigenbetriebs Altenhilfe**, also der städtischen Seniorenheime.

Die Stadtregierung plant, die MitarbeiterInnen, welche nicht in der Pflege beschäftigt sind, zukünftig **in eine Service-GmbH auszugliedern**. Dies bedeutet, neu eingestelltes Personal wird nicht mehr nach dem geltenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt, sondern nach anderen Spartenverträgen.

Eine Küchenhilfe würde somit brutto ca. 200,00 € im Schnitt weniger verdienen.

Dies sind fast 20% Lohnleinbuße!

Begründet wird dieser Schritt mit dem jährlichen Defizit des Eigenbetriebs in Höhe von 5 Millionen EUR. Insgesamt, so zeigen aber erste Berechnungen, würde die Stadt mit der Service-GmbH nur ca. 50 000 € jährlich einsparen, also ca. 1 % - wenig zur Lösung des Problems, immens viel aber z.B. für die Küchenhilfen.

Meine Fraktion und ich sprechen uns daher klar gegen diese vermeintliche Sanierung der Altenhilfe auf dem Rücken der Beschäftigten aus! Das haben sie nicht verdient, denn sie leisten in aller Regel eine sehr gute Arbeit unter teilweise schwierigen Bedingungen, bei eh schon geringen Löhnen.

Die tatsächlichen **Ursachen für das Defizit** sind dabei weitaus **vielschichtiger**, als dass sie durch Einsparungen beim Personal von heute auf morgen zu lösen wären.

So konnte über eine Ausschreibung der Lebensmittel 300.000 EUR jährlich an Einsparungen erzielt werden – also das 6-Fache einer Einsparung durch die Service-GmbH. Auch bei der Festlegung der Pflegestufe und letztlich der Vergütung für den Pflegeplatz geht gehen der Stadt noch jährlich hohe Beträge durch die Lappen. Am wichtigsten aber ist, dass eine ganze Reihe der **Einrichtungen baulich veraltet bzw. ungeeignet sind**, um eine moderne Altenpflege anzubieten. Deshalb sind die städtischen Heime vergleichsweise unattraktiv und die Auslastung zu gering. Es ist daher **Aufgabe des OB und des Sozialreferenten** zusammen mit den Verantwortlichen des Eigenbetriebs **nachhaltige Lösungsansätze aufzuzeigen**, auch auf die Gefahr hin, dass diese erst mittelfristig Wirkung zeigen.

Die SPD-Fraktion ist jederzeit bereit in einen **strategischen Dialog** über die Neuausrichtung der Altenhilfe zu treten. Wir verschließen – wie auch die Belegschaft – nicht die Augen vor der Realität; über Schnellschüsse einseitig **zu Lasten des Personals**, den wahren Erfolgsträgern dieser Einrichtungen, **braucht man mit uns jedoch nicht zu reden!**

Wir stehen hier Seite an Seite mit den verunsicherten Mitarbeitern und der Gewerkschaft Verdi.

Der OB muss sich aber fragen lassen, ob er noch glaubwürdig ist, wenn sein Versprechen aus dem Wahlkampf 2008 eine „Altenhilfe mit Herz und Verstand“ anzubieten, nach zwei Jahren im Amt nur zu Lasten der Beschäftigten geht.

Meine Fraktion wird beim **KÖ als auch bei der Altenhilfe** genau darauf achten, dass nicht Gelder für bestimmte Prestige-Projekte zur eigenen Gesichtswahrung verbraten werden und auf der anderen Seite immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in eine soziale Schieflage geraten.

Das ist auch unser **Anspruch für die kommenden Monate**, wenn es im Stadtrat um den **Nachtragshaushalt für 2010** geht und der Kämmerer erklären muss, wie er all die Einsparungsversprechen einhalten will, um nicht wieder ein Defizit von 40 Millionen Euro, wie im letzten Jahr, zu produzieren.

Bis dahin für Sie alles Gute und drücken Sie unserer Fußballnationalmannschaft weiter die Daumen!

Bis nächsten Monat.

Ihr



Dr. Stefan Kiefer